

Chancengleichheit durch Bildung heißt, mehr in die Frühe Bildung zu investieren.

Die GEW Bremen begrüßt die ablehnende Haltung des Senats zum Betreuungsgeld und seine Ankündigung, im Bundesrat dagegen zu stimmen und sich dafür einzusetzen, dass diese Mittel in den Ausbau der frühkindlichen Bildung gesteckt werden.

Nichtsdestotrotz müssen die eigenen Anstrengungen des Landes Bremen erhöht werden, um den Rechtsanspruch 2013 auf einen Kita-Platz mit Vollendung des ersten Lebensjahres umsetzen zu können.

Die GEW fordert von Senat und Bürgerschaft im Rahmen der Haushaltsplanung für 2012 und 2013 die entsprechenden Mittel für den Ausbau einzustellen, um auch die Bundesmittel abrufen zu können.

Gleichzeitig wird es die GEW nicht müde, die Wichtigkeit hoher Qualifikationen des pädagogischen Personals zu betonen und einzufordern.

Hier muss sich manifestieren, dass es sich bei dem Ausbau von u3-Kita-Plätzen nicht lediglich um ein Angebot der Betreuung, sondern vorrangig um Angebote frühkindlicher Bildung handeln muss. Kindertagesstätten sind eben nicht nur Betreuungsorte, sondern Bildungseinrichtungen!

Begründung:

Die in dieser Woche vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Zahlen zum Kita-Ausbau sind für Bremen alarmierend. Mit einer aktuellen Betreuungsquote von 19,6% liegt Bremen noch unter dem Durchschnitt des früheren Bundesgebietes (ohne Berlin). Auch das Finanzwissenschaftliche Forschungsinstitut der Uni Köln kommt in seinem Zwischenbericht zur „Föderale[n] Finanzierung des Kinderbetreuungsausbaus: Ermittlung der Lastenverteilung“ vom Mai 2011 zu dem Ergebnis, dass Bremen, wie Bayern und Niedersachsen das anvisierte Ziel der „35%-Quote“ nicht erreichen. In Bremen müsse die Ausbaugeschwindigkeit um 70% erhöht werden bei einem investiven Finanzbedarf von rund 8,5 Mio Euro. Statt der notwendigen 720 Plätze werden jährlich nur knapp 560 geschaffen.

Antragsteller: GLV